

Fadegrad

SVP fordert Austritt aus der SKOS



VON ROLAND SCHECK

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) ist ein Fachverband, der Richtlinien und Empfehlungen zur Berechnungsweise von Sozialhilfeleistungen formuliert. Die Organisation setzt sich aus rund 1000 Mitgliedern (Kantone, Städte und Gemeinden, Bundesämter sowie einzelne private Organisationen des Sozialbereichs) zusammen. Und damit sind wir beim eigentlichen Skandal: In der Schweiz bestimmt ein Verein, in dem auch private Player der Sozialindustrie Einsitz haben, was mit unseren Steuergeldern geschieht.

Nachdem die Gemeinde Berikon einem renitenten Sozialhilfebezügler, der jegliche Kooperation vermissen liess, die Sozialhilfe verweigerte und das Bundesgericht die Gemeinde zurückerpfliff, äusserte sich der Präsident der SKOS wohlwollend zum Urteil und fiel damit der Gemeinde Berikon in den Rücken. Für den Normalbürger, der täglich seinen privaten und staatsbürgerlichen Verpflichtungen nachkommt, sind das Urteil des Bundesgerichtes und der Kommentar des SKOS-Präsidenten ein Hohn. Die Stadt Rorschach SG sowie die Stadt Dübendorf ZH haben aus diesem Vorfall bereits die Konsequenzen gezogen und die Mitgliedschaft in der SKOS gekündigt. Weitere Gemeinden und Städte überlegen sich den gleichen Schritt.

Auch Stadt und Kanton Zürich sind Mitglied der SKOS. Die SVP hat deshalb eine Motion eingereicht, welche den Stadtrat auffordert, die Mitgliedschaft der Stadt Zürich bei der SKOS auf den nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen. Ein Austritt der Stadt Zürich wird in rechtlicher Hinsicht zwar ohne Bedeutung sein, da sich sowohl der Kanton Zürich beziehungsweise das Sozialhilfegesetz als auch die Gerichte vorderhand weiterhin an den Empfehlungen der SKOS orientieren werden. Ein Austritt der Stadt Zürich und eine Solidarisierung mit den Städten Rorschach und Dübendorf sowie anderen Gemeinden und Städten in der Schweiz, die nicht Mitglied der Konferenz sind, würde aber ein deutliches Zeichen setzen.

Niemanden dürfte es überraschen, dass der Stadtrat die Entgegennahme der Motion ablehnt. In seiner Begründung zeigt sich der Stadtrat gar überzeugt, dass «die Stadt Zürich von der SKOS-Mitgliedschaft profitiert». Nun ja, wenn man die Sozialindustrie und deren Klienten als Stadt Zürich versteht, dann ist dem durchaus so. Aber eine derartige Sichtweise wirkt selbst für eine rotgrüne Regierung ridikul undifferenziert. Wer nur eine Sekunde an die Steuerzahler denkt, kann im Zusammenhang mit der SKOS unmöglich von «profitieren» sprechen. Aber das ist halt eine Frage der Sicht- und Denkweise. Wer sich eine Regierung mit mehr Realitätsbezug wünscht, wählt am 9. Februar 2014 Nina Fehr Düsel und Roland Scheck in den Stadtrat.

ÖFFENTLICHE DISKUSSION BITTER NÖTIG

Fragwürdige Sozialhilfe

Unangenehme Themen brauchen Zeit, bis die Politik eine offene Diskussion zulässt: Nach Asyl, Kriminalität und Zuwanderung nun die Sozialhilfe und ihre SKOS-Richtlinien. Wer dieses heikle Thema aufgreift, wird rasch in die rechte Ecke gedrängt. Die öffentliche Debatte wird aber kommen.



THOMAS MÜLLER NATIONALRAT SVP RORSCHACH (SG)

Niemand will die Sozialhilfe abschaffen. Aber Fehlentwicklungen machen sie ungerecht – ungerecht gegenüber jenen, die mit eigener Anstrengung und Steuern den Lebensunterhalt anderer finanzieren müssen.

Zu hohe Ansätze

Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sind in Einzelfällen eine Zumutung für jene, die mit täglicher Arbeit und bescheidenem Lohn für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen.

Daher müssen Unterstützungsmassnahmen wieder prioritär darauf ausgerichtet werden, Arbeitslose möglichst rasch einer Erwerbsarbeit zuzuführen. Um die richtigen Anreize zu setzen, darf daher bei einer Vollkostenrechnung die zugesprochene Summe im Hilfsfall nicht höher sein als ein minimaler Lohn bei Vollzeitarbeit.

Kürzungen wirkungslos

Dies ist dann besonders stossend, wenn Sozialhilfebezügler vom Ausland in die Selbstständigkeit des Wohlfahrtsstaates Schweiz zuwandern und für sich das Recht beanspruchen, auszuwählen, ob sie ihr monatliches Geld mit Arbeit oder vom Sozialamt beschaffen wollen. Die in den SKOS-Richtlinien vorgesehenen Kürzungen von maximal 10 Prozent sind selbst bei offensichtlichem Missbrauch wirkungslos.

Die SKOS-Richtlinien müssen daher nach unten korrigiert werden können.

Gerecht im Einzelfall

Wer die SKOS-Richtlinien braucht, um auch renitenten Bezüglern volle Leistungen zu verschaffen, ist nicht fair gegenüber Menschen in echter Notlage. Den Sozialämtern muss möglich sein, dem Einzelfall gerecht zu werden.

Daher fordert die SVP auch immer wieder die Gemeindeautonomie im Fürsorgewesen und stellt sich gegen die Professionalisierung der Sozialhilfemänter. Ein Austritt aus der SKOS

muss in allen Gemeinden geprüft werden und die verbindliche Anwendung derer Richtlinien muss aus den kantonalen Gesetzen und Verordnungen gestrichen werden.

Geschäftsfeld für Insider

Die Kantone wären eigentlich frei, die SKOS-Richtlinien anzuwenden. Die Gerichte stützen sich aber darauf ab, obwohl der SKOS die demokratische Legitimation fehlt. Stossenderweise geben innerhalb der SKOS nur Insider

aus der Sozialhilfe den Ton an. Und die leben gut von diesem Geschäft und haben kein Interesse an Veränderungen. In ihrer Sprache ist selbst der renitente Sozialhilfebezügler ein «Klient», also ein Kunde, den sie auf Kosten der Allgemeinheit zufrieden stellen wollen.

Aktuelle Exzesse dieser Verhättschlung geben zu denken und bringen hoffentlich eine Wende in der politischen Debatte um überhöhte Sozialhilfe.

Masseneinwanderung: Volk entscheidet am 9. Februar

Am kommenden 9. Februar 2014 stimmen Volk und Stände unter anderem über die SVP-Initiative «Gegen Masseneinwanderung» ab. Dies hat der Bundesrat diese Woche entschieden. Am 9. Februar finden unter anderem in den Städten Zürich und Winterthur die Gesamterneuerungswahlen statt. Mit der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung können wir die unkontrollierte Zuwanderung in unser Land stoppen und wieder selbst bestimmen, wer in die Schweiz kommen soll und

wer nicht. Der Bundesrat bringt am 9. Februar noch zwei weitere Vorlagen vor Volk. So wird auch über die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» sowie über den Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur abgestimmt. Damit scheint klar: Voraussichtlich am 18. Mai 2014 wird dann unter anderem über die Volksinitiativen zum Mindestlohn und «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» abgestimmt werden.

Veranstaltung mit SVP Nationalrat Hans Fehr



Dienstag 5. Nov 2013 um 19.00 Uhr

Die SVP Zürich Kreis 7+8 lädt Sie herzlich zur Veranstaltung mit Nationalrat Hans Fehr ein.

Ort: Restaurant Elefant
Adresse: Witikonstr. 279, 8053 Zürich
Zeit: 19.00 Uhr

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Vorstand SVP Kreispartei 7+8



LESERBRIEFE

Lehrplan 21

Am 2. Oktober 2013 las ich in einem Leserbrief in der «NZZ», dass das Fach Geschichte (Schweizer- und Weltgeschichte) im geplanten Lehrplan nicht mehr vorkommen soll. Das sagt ein Gymnasiallehrer, U. Knoblauch. Wie kommen die dafür Verantwortlichen denn darauf? Sollen unsere Kinder nicht mehr wissen, wo wir herkommen, was früher war? Der Wille, ein Volk zu sein und zu bleiben, kommt doch daher, dass ich um frühere Zeiten weiss. Nicht um diese Zeiten zu glorifizieren, es gab ja nicht nur

Siege, es gab auch Versagen, aber um doch zu verstehen, wo wir herkommen, um daraus abzuleiten, wo wir gemeinsam als Volk hingehen wollen.

Wir brauchen einander, sollen einander schätzen, auch die vielleicht an einem anderen Ort Geborenen. Und wir wollen das Erreichte nicht preisgeben, unsere Freiheit und Unabhängigkeit. Wie viele beneiden uns darum ...

Ich hoffe, dass das den Lehrplanern noch klargemacht werden kann.

Ursula Lörcher, Zürich

Steuergerechtigkeit für alle Familien

Wenn Eltern ihre Kinder fremd und gegen Bezahlung betreuen lassen, dürfen sie dies von den Steuern abziehen. Hingegen sind Familien, die ihre Kinder selber betreuen, davon ausgeschlossen. Die SVP-Familien-Initiative will diese Ungerechtigkeit beseiti-

gen und verlangt faire und damit gleiche Steuerabzüge für alle.

Deshalb: stimmen Sie am 24. November 2013 JA zur SVP-Familieninitiative.

Trudi Frey, Dietikon

Jusos – Denn sie wissen nicht, was sie tun

Im Internet habe ich gelesen, dass den Jusos das Verhältnis «1:12» nun doch etwas überrissen vorkomme und sie dringend Maler und Sprayer suchten, um schon aufgehängte Plakate mit «1:20» zu übermalen. Aber auch dies scheint schon wieder Schnee von gestern. Sie wollen es nun angeblich doch bei «1:12» belassen, aber das Thema wechseln. Die Lohn-soll in eine Steuerinitiative umgeformt werden mit ungefähr identischem Inhalt: «Derjenige, der am meisten Steuern zahlt, soll nicht mehr als das Zwölfwache dessen bezahlen müssen, was derjenige bezahlt der am wenigsten abliefern muss.» Dafür sollen dann auch die unablässig steigenden, grosszügigen Leistungen an Sozialhilfebezügler besteuert werden.

Die Jusos möchten damit offenbar dem Motto der SP «Weniger für Alle» zum Durchbruch verhelfen. Steuer-Mindereinnahmen sollen kompensiert werden durch rigorose Sparmassnahmen im Asylbereich, in der Entwicklungshilfe, mit massivem Stellenabbau in der Bundesbürokratie, Absagen an EU-Kohäsionszahlungen und mit dem Abbau der Zehntausenden von unnützen «Sozialhelferstellen» in der Verhättschlung von Kriminellen und Asylanten sowie der Entlassung von sogenannten «soziokulturellen Animatoren» in Schulen und Heimen.

Obige Fiktion ist vielleicht etwas plakativ dargestellt und allenfalls auch unausgereift, aber sie entspricht in ihrem arrogant fordernden Stil in etwa

den pubertären Hirngespinnsten der paar marxistisch angehauchten SP-Jungspunde, von denen die meisten als Gewerkschaftsfunktionäre oder «Sozialhelfer» sich noch nie in einem ernsthaften Wettbewerb bewähren mussten. Auch ein Politologie-, Sozialwissenschafts- oder Psychologiestudium befähigt diese «Verstaatlichungsfanatiker» in keiner Weise, zu beurteilen, was für ein Unheil sie in unserem Land mit ihrer Initiative heraufbeschwören könnten. («Denn sie wissen nicht, was sie tun!») Im Prinzip müsste man eine solche staatliche Lohnkontrolle in privaten Firmen als Witz abtun können, aber wenn (für mich manipulierte) Umfrageergebnisse über 50 Prozent Ja-Anteil voraussagen, so offenbart dies eine ungesunde Neidkultur in unserer Bevölkerung, gepaart mit grundlegenden ökonomischen Bildungsmängeln. Man denkt nicht über die eigene Nasenspitze hinaus und lebt in den Tag hinein nach dem Motto: «Vater Staat wird es schon richten».

Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass sich möglichst viele «einfache» Bürgerinnen und Bürger in diese Materie vertiefen und zur Besinnung kommen werden. Es darf doch nicht sein, dass wir als einziges Land in Europa Löhne privater Firmen durch den Staat kontrollieren lassen! Es wäre auch nicht EU-konform, und die Jusos streben ja bekanntlich in die EU!

Robert Nieth, Walchwil ZG

Immer mehr zahlen?

24. November 2013:
Nationalstrassenabgabegesetz
(Vignetten-Verteuerung)

NEIN

www.100vignette-main.ch